

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

CDU

Betreff

Barrierefreie Vorlagen und Texte im Sozial- und Gesundheitsausschuss

Wir beantragen:

Analog zur Handhabe des Sozialamts seinen Geschäftsbericht barrierefrei zu erstellen, sollen auch alle anderen Dokumente, mit denen sich der Sozial- und Gesundheitsausschuss befasst, in barrierefreier, d.h. leichter Sprache erstellt werden.

Begründung:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschäftigt sich mit Themen, die Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und Hintergründen betreffen. Daraus ergibt sich die besondere Verantwortung für den Ausschuss, möglichst transparent und für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich zu arbeiten.

Es sollte gewährleistet werden, dass die hier behandelten Dokumente von allen Personen eingesehen und nachvollzogen werden können. Die Verwendung von Leichter Sprache sorgt hierbei für eine verbesserte Lesbarkeit. Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Menschen, die Deutsch als Fremdsprache lernen, Personen mit Lese- und Rechtschreibschwäche und andere Gruppe haben Schwierigkeiten, Drucksachen in anspruchsvoller Sprache nachzuvollziehen. Etwa sechs Millionen Menschen in Deutschland können nicht richtig Deutsch lesen und schreiben, der Anteil an Legasthenikern wird auf 3-8 % in der Bevölkerung geschätzt. Auch Personen, die beispielsweise aufgrund einer Sehbehinderung Leseassistenten nutzen, haben Probleme mit komplizierten und nicht klar verständlichen Texten. Eine barrierefreie Schreibweise in den Dokumenten des Sozial- und Gesundheitsausschusses würde darüber hinaus der Empfehlung des Oberbürgermeisters Dr. Frank Nopper folgen, nach der man sich beim Sprachverständnis und dem Sprachgebrauch der adressierten Zielgruppe orientieren solle. Im Fall des Personenkreises, der von den Beschlüssen des Sozial- und Gesundheitsausschusses betroffen ist, bedarf es einer barrierefreien Sprache und explizit auch einer Schreibweise, die auf Sonderzeichen verzichtet, da diese nachweislich die oben genannten Gruppen benachteiligen bzw. von Leseassistenten nicht immer korrekt verarbeitet werden können. Die Landeshauptstadt Stuttgart sollte hier als Vorbild vorangehen und eine Sprache verwenden, die eine größere soziale Teilhabe ermöglicht.

Gezeichnet

Beate Bulle-Schmid (Stv. Fraktionsvorsitzende)

Bianka Durst

Dr. Markus Reiners

Isabelle Weichselgartner

Anlage/n
Keine